

	Veröffentlichung	Ort der Veröffentlichung
Neufassung der Satzung	18.02.2006	Amtsblatt LK Mansfelder Land 02/06
1. Änderungssatzung	26.01.2008	Amtsblatt LK Mansfeld-Südharz 09/08

Satzung

über die Erhebung von Verwaltungskosten des Abwasserzweckverbandes Mansfeld-Schlenze

(Verwaltungskostensatzung)

Aufgrund der §§ 6, 8, 44 und 91 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 5. Oktober 1993 (GVBl. LSA S.568), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 16.11.2006 (GVBl. LSA S. 568), des § 4 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Dezember 1996 (GVBl. LSA S. 405), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Abschaffung der Jagdsteuer im Land Sachsen-Anhalt vom 18.12.2003 (GVBl. LSA S. 370) sowie des Verwaltungskostengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (VwKostG LSA) vom 27. Juni 1991 (GVBl. LSA S. 154), zuletzt geändert durch § 7 des Gesetzes zur Ausführung fleisch- und geflügelfleischhygienischer Vorschriften vom 22.12.2004 (GVBl. LSA S. 866) und der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Mansfeld-Schlenze in der Fassung vom 16.11.2005 hat der Abwasserzweckverband in seiner Verbandsversammlung am 28.06.2007 folgende 1. Änderungssatzung der Verwaltungskostensatzung vom 22.12.2005 beschlossen:

§ 1

Allgemeines

- (1) Für Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten - im Nachfolgenden Verwaltungstätigkeiten - im eigenen Wirkungsbereich des AZV werden nach dieser Satzung Gebühren und Auslagen - im Nachfolgenden Kosten - erhoben, wenn die Beteiligten hierzu Anlass gegeben haben. Verwaltungstätigkeiten sind auch Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe.
- (2) Kosten werden auch erhoben, wenn ein auf Vornahme einer kostenpflichtigen Verwaltungstätigkeit gerichteter Antrag abgelehnt oder nach Aufnahme der Verwaltungstätigkeit vor der Entscheidung zurückgenommen wird.
- (3) Die Erhebung von Kosten aufgrund anderer Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

§2

Kostentarif

Die Höhe der Kosten bemisst sich unbeschadet des § 6 nach dem Kostentarif, der Bestandteil dieser Satzung ist.

§ 3

Gebühren

- (1) Ist für den Ansatz von Gebühren durch den Kostentarif ein Rahmen (Mindest- und Höchstsätze) bestimmt, so sind bei der Festsetzung der Gebühr das Maß des Verwaltungsaufwandes sowie der Wert des Gegenstandes zur Zeit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit zu berücksichtigen.

- (2) Werden mehrere gebührenpflichtige Verwaltungstätigkeiten nebeneinander vorgenommen, so ist für jede Verwaltungstätigkeit eine Gebühr zu erheben.
- (3) Wird ein Antrag auf Vornahme einer Verwaltungstätigkeit
 - a) ganz oder teilweise abgelehnt,
 - b) zurückgenommen, bevor die Verwaltungstätigkeit beendet ist,so kann die Gebühr bis auf ein Viertel des vollen Betrages ermäßigt werden.
- (4) Wird ein Antrag wegen Unzuständigkeit abgelehnt oder beruht er auf unverschuldeter Unkenntnis, so kann die Gebühr außer Ansatz bleiben.
- (5) Wird eine zunächst abgelehnte Verwaltungstätigkeit auf einen Rechtsbehelf hin vorgenommen, so wird die für die Ablehnung erhobene Gebühr angerechnet.

§ 4 Rechtsbehelfsgebühren

- (1) Soweit ein Rechtsbehelf erfolglos bleibt, beträgt die Gebühr für die Entscheidung über den Rechtsbehelf, das Eineinhalbfache der Gebühr, die für die angefochtene Entscheidung anzusetzen war, mindestens jedoch 10,00 EURO.

War für die Verwaltungstätigkeit keine Gebühr festzusetzen, so beträgt die Gebühr für die Entscheidung über den Rechtsbehelf 10,00 EURO bis 500,00 EURO

Innerhalb dieses Rahmens sollte die Gebühr für Entscheidungen gegen die Festsetzung von Verwaltungskosten in der Regel 10 v. H. der strittigen Kosten nicht übersteigen, sofern nicht das Maß des Verwaltungsaufwandes im Einzelfall eine höhere Gebühr erfordert.

- (2) Wird dem Rechtsbehelf ganz oder teilweise stattgegeben, so werden keine Gebühren erhoben.
- (3) Wird der Rechtsbehelf ganz oder teilweise zurückgenommen, so ermäßigt sich die sich aus Abs. 1 ergebende Gebühr nach dem Umfang der Rücknahme, höchstens jedoch auf 25 v.H.
- (4) Wird der Rechtsbehelfsbescheid ganz oder teilweise aufgehoben oder zurückgenommen, so sind die gezahlten Rechtsbehelfskosten ganz oder teilweise zu erstatten, es sei denn, dass die Aufhebung allein auf unrichtigen oder unvollständigen Angaben desjenigen beruht, der den Rechtsbehelf eingelegt hat.

§ 5 Gebührenbefreiungen

- (1) Gebühren werden nicht erhoben für:

1. mündliche Auskünfte,
2. Verwaltungstätigkeiten, die die Stundung, Niederschlagung oder den Erlass von Verwaltungskosten betreffen.
3. Verwaltungstätigkeiten, zu denen in Ausübung öffentlicher Gewalt eine andere Behörde im Lande, eine Behörde des Bundes oder die Behörde eines anderen Bundeslandes Anlass gegeben hat, es sei denn, dass die Gebühr einem Dritten zur Last zu legen ist.

- (2) Von der Erhebung einer Gebühr kann außer den in Abs. 1 genannten Fällen ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn daran ein öffentliches Interesse besteht.
- (3) Abs. 1 und 2 werden bei Entscheidungen über Rechtsbehelfe nicht angewendet.
- (4) Ergeben die nach der Anlage zu erhebenden Gebühren im Einzelfall in der Summe einen Betrag von 2,50 EURO, so wird keine Gebühr erhoben.
- (5) Von Mitgliedsgemeinden werden keine Verwaltungsgebühren erhoben, sofern sie nicht als Grundstückseigentümer auftreten.

§ 6 Auslagen

- (1) Werden bei der Vorbereitung oder bei der Vornahme einer Amtshandlung und sonstigen Verwaltungstätigkeit Auslagen notwendig, die nicht bereits mit der Gebühr abgegolten sind, so hat der Kostenschuldner sie zu erstatten; dies gilt auch, wenn eine Gebühr nicht zu entrichten ist. Auslagen hat der Kostenschuldner auch dann zu erstatten, wenn sie bei einer anderen am Verfahren beteiligten Behörde entstanden sind; in diesen Fällen findet ein Ausgleich zwischen den Behörden nur statt, wenn die Auslagen im Einzelfall 25,00 EURO übersteigen.

Als Auslagen gelten auch Kosten, die einer am Verfahren beteiligten Behörde entstanden sind, ohne sie gegenseitig auszugleichen.

- (2) Als Auslagen werden insbesondere erhoben:
 1. Postgebühren für Zustellungen und Nachnahmen sowie für die Ladung von Zeugen und Sachverständigen. Wird durch Bedienstete des AZV zugestellt, so werden die für die Zustellungen durch die Post mit Zustellungsurkunde entstandenen Postgebühren erhoben;
 2. Kosten für Telekommunikation,
 3. Kosten öffentlicher Bekanntmachungen,
 4. Zeugen- und Sachverständigengebühren.
 5. Bei Dienstgeschäften entstandene Reisekosten,
 6. Beträge, die anderen Behörden oder anderen Personen für ihre Tätigkeit zu zahlen sind,
 7. Kosten der Beförderung oder Verwahrung von Sachen,
 8. Schreibgebühren für weitere Ausfertigungen, Abschriften, Durchschriften; Auszüge. Kosten für Fotokopien, Lichtpausen und Vervielfältigungen nach den im Kostentarif vorgesehenen Sätzen.
- (2) Beim Verkehr mit den Behörden des Landes und beim Verkehr mit Gebietskörperschaften im Lande werden Auslagen nur erhoben, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 25,00 EURO übersteigen.

§ 7

Befreiung, Ermäßigung, Stundung, Niederschlagung, Erlass

- (1) Auf Antrag kann von der Erhebung der Gebühr und der Auslagen abgesehen werden, wenn dies bei Anlegung eines strengen Maßstabes aus Gründen der Billigkeit, insbesondere zur Vermeidung sozialer Härten geboten scheint.
- (2) Im Übrigen richten sich Befreiung und Ermäßigung gemäß § 4 Abs. 4 KAG LSA nach den Vorschriften des § 12 Abs. 2 S. 2 des VwKostG LSA.
- (3) Bereits festgesetzte Gebühren können gestundet, niedergeschlagen und erlassen werden.

§ 8

Entstehung der Kostenschuld

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit oder mit der Rücknahme des Antrages.
- (2) Die Verpflichtung zur Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.

§ 9

Kostenschuldner

- (1) Zur Zahlung der Kosten ist verpflichtet:
 1. wer zu einer Verwaltungstätigkeit Anlass gegeben hat,
 2. wer die Kosten durch eine des AZV gegenüber abgegebene oder ihr mitgeteilte Erklärung übernommen hat,
 3. wer für die Kostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (2) Kostenpflichtiger nach § 4 ist derjenige, der den Rechtsbehelf eingelegt hat.
- (3) Mehrere Kostenschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 10

Fälligkeit der Kostenschuld

- (1) Die Kosten werden innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe der Kostenentscheidung an den Kostenschuldner fällig, wenn nicht der AZV einen anderen Zeitpunkt bestimmt.
- (2) Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten können von der vorherigen Zahlung der Kosten oder von der Zahlung oder Sicherstellung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig gemacht werden. Soweit der Vorschuss die endgültige Kostenschuld übersteigt, ist er zu erstatten.

§ 11
Anwendung des Verwaltungskostengesetzes

Soweit diese Satzung keine Regelung enthält, finden nach § 4 Abs. 4 des Kommunalabgabengesetzes (KAG LSA) die Vorschriften des Verwaltungskostengesetzes sinngemäß Anwendung.

§ 12
In-Kraft-Treten

Diese 1. Änderungssatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Mansfeld, den 02.07.2007

Markus
Verbandsgeschäftsführer

Siegel

Anlage zur Verwaltungskostensatzung

Kostentarif (§ 2 der Verwaltungskostensatzung des AZV Mansfeld-Schlenze)

Gebühren (§§ 3 und 4 der Verwaltungskostensatzung des AZV Mansfeld-Schlenze)

und Pauschbeträge für Auslagen (§ 6 Abs. 2 Nr. 8 der Verwaltungskostensatzung des AZV Mansfeld-Schlenze)

1. Abschriften, Durchschriften und andere Vervielfältigungen

Abschriften je angefangene Seite

im Format DIN A5	1,50 €
im Format DIN A4	3,00 €

2. andere Vervielfältigungen mit Lichtpaus-, Fotokopier- u. ähnlichen Geräten (schwarz-weiß) je Seite

bis zum Format DIN A4	0,20 €
im Format DIN A3	0,40 €

3. mit Büro-Druckgeräten bis zum Format DIN A4

je Seite	1,50 €
----------	--------

4. Akteneinsicht, Auskünfte

4.1	Die Einsicht in Akten, Register, Karteien und dergleichen, soweit sie nicht zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt sind und wenn in einer anderen Tarifnummer keine Gebühren vorgesehen sind, für jeden Fall	1,50 €
4.2	Auskünfte aus Akten, Registern, Karteien und dergleichen wenn die Anfrage ohne besondere Ermittlungen beantwortet werden kann	2,00 €

4.3	wenn besondere Ermittlungen notwendig sind	5,00 €
4.4.	Schriftliche Auskunft zur Marktforschung und für wirtschaftliche Dispositionen und Prognosen an interessierte Gesellschaften o.ä.	
	Grundgebühr	5,00 €
	zuzüglich je angefangene Seite	1,50 €

5. Abgabe von Druckstücken
(Abgabensatzungen, Pläne, Tarife, Straßenverzeichnisse und dergleichen)

	für jede angefangene Seite	0,15 €
	jedoch mindestens	1,00 €

6. Aufnahme von Verhandlungen

Schriftliche Aufnahme eines Antrages oder einer Erklärung, die von Privatpersonen zu deren Nutzung gewünscht wird (die Niederschrift über die Erhebung von Rechtsbehelfen ist ausgenommen)

	je angefangene Seite	10,00 €
--	----------------------	---------

7. Verwaltungstätigkeiten,
die nach Art und Umfang in der Gebührensatzung nicht näher bestimmt werden können.

	wenn keine andere Gebühr vorgeschrieben ist	5,00 €
--	---	--------

8. Feststellungen aus Konten und Akten

	je angefangene halbe Stunde	5,00 €
	Nachforschung nach dem Verbleib einer Überweisung	5,00 €

9. Abgabe von Verdingungsunterlagen bei öffentlichen Ausschreibungen

nach Maßgabe der Tarif-Nr. 1 Abgabe von sonstigen Plänen

	bis zur Größe 1 : 5000	10,00 €
	bis zur Größe 1 : 10000	2,50 €
	bis zur Größe 1 : 15000	1,50 €
	bis zur Größe 1 : 25000	1,00 €

10. Genehmigung und Überwachung von Arbeiten, die für Rechnung Dritter von Unternehmern an Straßen, Plätzen, Kanälen und sonstigen Anlagen ausgeführt werden

je angefangene halbe Stunde der Beaufsichtigung einschließlich Anmarschweg von der Dienststelle oder von der vorhergehenden Baustelle 17,50 €

(Sofern die vorhergehende Baustelle weiter entfernt liegt als die Dienststelle, ist für die Berechnung des Zeitaufwandes nur der Weg von der Dienststelle bis zur Baustelle zugrunde zu legen.)

Feststellungen, Besichtigungen, Gutachten, Bauleitungen, Auszüge, technische Arbeiten, und zwar für
Büroarbeiten je angefangene halbe Arbeitsstunde 17,50 €
Außenarbeiten je angefangenen halbe Arbeitsstunde

einschließlich Anmarschweg von der Dienststelle bzw. von der vorhergehenden Baustelle 17,50 €

11. Genehmigungen/Erlaubnisse auf Grund geltender Satzung über die Abwasserbeseitigung des AZV

11.1 Entwässerungsgenehmigung entsprechend der Abwasserbeseitigungssatzung einschließlich der einmaligen Abnahme der Grundstücksentwässerungsanlage vor Ort und Abnahmeprotokoll 60,00 €

Bei einem Zeitaufwand bis 2 Stunden, darüber hinaus gilt Ziffer 11.5.

11.2 Wiederholte Abnahme der Grundstücksentwässerungsanlage infolge Mängelbeseitigung
je angefangene halbe Arbeitsstunde 17,50 €

11.3 Einmalige Abnahme der Grundstücksentwässerungsanlage bei Anbindung an die zentrale Kanalisation Abnahmeprotokoll 30,00 €

11.4 Änderungsgenehmigung nach § 6 Abs. 5 Abwasserbeseitigungssatzung Bürotätigkeit ohne Abnahme vor Ort 20,00 €

11.5 Sonstige Prüfungsmaßnahmen
je angefangene halbe Arbeitsstunde 17,50 €

11.6 Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang 40,00 €

11.7 Genehmigung zur Einleitung von Abwasser außergewöhnlicher Art in Anlagen des AZV 35,00 €

Bei einem Zeitaufwand bis 2 Stunden, darüber hinaus gilt Ziffer 11.5.

11.8 Entnahme und Untersuchung von Abwasserproben gemäß § 8 Abs. 13,
die durch satzungswidrige Benutzung oder satzungswidriges Handeln
des Anschlussnehmers erforderlich werden 110,00 €

12. Rechtsbehelfe:

Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe, soweit nicht § 4 Abs. 1 Satz 1 der
Verwaltungskostensatzung anzuwenden ist und der Rechtsbehelf erfolglos bleibt oder der
Rechtsbehelf Erfolg hat, die angefochtene Verwaltungstätigkeit aber aufgrund unrichtiger oder
unvollständiger Angaben vorgenommen bzw. abgelehnt worden ist, einschließlich der
Entscheidungen über Widersprüche Dritter:

10,00 € - 500,00 € 1)

1) Anmerkung zu lfd. Nr. 12

Mit Orientierungshilfe für die Festsetzung der Rechtsbehelfsgebühr innerhalb des weiten
Rahmens von 10,00 - 500,00 EURO kann die Anlage 2 zu § 11 Abs. 2 des
Gerichtskostengesetzes herangezogen werden.

13. Mahngebühren für Mahnungen:

	angemahnter Betrag	Mahngebühren
bis zu	250,00 € einschließlich	5,00 €
bis zu	500,00 € einschließlich	10,00 €
bis zu	2.500,00 € einschließlich	22,50 €
bis zu	5.000,00 € einschließlich	37,50 €
von dem Mehrbetrag für jede angefangenen 5.000,00 €		22,50 €